

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • In den Steinäckern 3 • 63517 Rodenbach

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

06. Oktober 2008

17. Kreistagssitzung am 7. November 2008

Antrag: Mindestlohn und Tarifbindung in kreiseigenen Betrieben

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

DIE LINKE Fraktion stellt zur Sitzung des Kreistages am 7. November 2008 folgenden **Antrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss und die Geschäftsführungen der Eigenbetriebe sowie die Vertreter des Main-Kinzig-Kreises in den Aufsichtsräten auf, sicherzustellen, dass eine Entlohnung der Beschäftigten unterhalb der Lohnarmutsgrenze in den Eigenbetrieben des Kreises und in den Betrieben, an denen der Kreis beteiligt ist, möglichst umgehend beendet wird. Für das Jahr 2008 ist ein Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde zu zahlen, der in den Folgejahren schrittweise erhöht wird.

Der Kreistag fordert die Verantwortlichen auf, dort, wo Tochtergesellschaften zum Zwecke der „marktgerechten“ Bezahlung gegründet worden sind, diese wieder in den Geltungsbereich des TVöD bzw. des TVöD-Kliniken zurückzuführen.

Über die Umsetzung der Abschaffung der Niedrigentlohnung und der Armutsentlohnung ist dem Kreistag ständig zu berichten.

Begründung:

Wer Vollzeit arbeitet, sollte von seiner Arbeit leben können. Doch auch im Main-Kinzig-Kreis ist prekäre Beschäftigung, in der weniger als die Hälfte des Durchschnittslohnes pro Monat verdient wird, längst Wirklichkeit.

Auf die Anfrage vom 8. Oktober 2006 hatte der Kreisausschuss im Dezember mitgeteilt, dass gerade im Alten- und Pflegebereich, aber auch in den Main-Kinzig-Kliniken Beschäftigungsverhältnisse mit einer Entlohnung von unter 10 Euro/Stunde und sogar eine erhebliche Anzahl mit einer Entlohnung von unter 8 Euro/Stunde bestehen. Müssen diese Beschäftigten mit einem Lohn unter 8 Euro/Stunde auskommen, so erfordert dies normalerweise Aufstockungsleistungen mit ALG II.

Trotz gedeckelter Krankenhausfinanzierung schreiben die Main-Kinzig-Kliniken weiterhin schwarze Zahlen. 2007 wurde bei einem Umsatz von 77,5 Millionen Euro ein Überschuss von 66 000 Euro erzielt.

Von den 1500 Beschäftigten arbeiten zunehmend mehr in Tochtergesellschaften, die zuletzt in den Bereichen Service sowie Pflege und Reha ausgegliedert worden sind. Bezahlt wird „marktgerecht“ und überwiegend gleich. Die neuen Gesellschaften ermöglichten jedoch im Rahmen einer 40-Stunden-Woche flexiblere Einsatzzeiten. Selbst in der Presseerklärung zur Bilanz der Kliniken wird festgestellt: „Gleichwohl sei für das an der Belastungsgrenze arbeitende Pflegepersonal eine gerechtere Entlohnung nötig. Entsprechend stärke man der Belegschaft den Rücken, wenn 70 Beschäftigte am 25. September 2008 zur Demonstration nach Berlin fahren, um mehr Geld für das Kliniksystem zu fordern.“

Der Ausstieg aus der Solidargemeinschaft und die Lohneinbußen können nicht kritiklos hingenommen werden. Das Verantwortungsbewusstsein für die Beschäftigten darf in den Führungsetagen des Main-Kinzig-Kreises nicht verloren gehen. Die mit der Gewerkschaft Ver.di vereinbarten Löhne für alle Beschäftigte müssen auch in den Tochtergesellschaften gezahlt werden. Es kann nicht sein, dass die fehlenden Einnahmen der Beschäftigten dann in Form von Zuschüssen, Sozialleistungen teilweise kompensiert werden müssen.

Diese Tendenz ist nicht neu. Deutschland ist bei der Lohnentwicklung seit Jahren das Schlusslicht im europäischen Vergleich. Wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung mitteilte, schrumpften die Gehälter von Geringverdienern seit 1995 um insgesamt 13,7 Prozent, wogegen Spitzenverdiener durchschnittlich 4,8 Prozent mehr verdienten.

Diese Form von „Lohnraub“ muss gestoppt werden. Dazu muss auch der Main-Kinzig-Kreis als Arbeitgeber beitragen. Das schlechte Beispiel, dass immer mehr Firmen sich aus den Tarifverbänden verabschieden, darf kein Beispiel für die Politik der kreiseigenen Gesellschaften sein.

Tochtergesellschaften, die unabhängig von Tarifverträgen agieren, führen dazu, dass der Anteil an Niedriglöhnen in zehn Jahren von 15 auf 22 Prozent gestiegen ist. Zwar ist der Anteil der Arbeitslosen gesunken, doch fast sieben Millionen Menschen in Deutschland können von einem Job allein nicht leben.

Deshalb ist es auch an der Zeit, noch mehr über Moral und Ethik in der Wirtschaft zu sprechen. Dies gilt auch für die kreiseigenen Betriebe.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer